

Enttäuschung über Ausstieg

Projekt Nach dem Veto von Uhingen und Ebersbach beim Radschnellweg sieht Landratsamt kaum Chancen für Übernahme der Planungskosten durch Kreis. *Von Simon Scherrenbacher*

Mit Enttäuschung hat das Landratsamt zur Kenntnis genommen, dass nach Geislingen, Kuchen und Gingen nun auch Uhingen sowie Ebersbach aus dem geplanten Radschnellweg durchs Filstal ausgestiegen sind. Der kommunale Schulterschluss sei in diesem Fall leider nicht gelungen, so Jörg-Michael Wienecke, Amtsleiter für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur in der Behörde: „Das Gesamtprojekt Ebersbach/Kreisgrenze – Süßen erfordert eine abgestimmte Gesamtplanung und eine durchgängige Konzeption.“ Nun müssten alternative Lösungen gesucht werden, etwa die Übernahme der Gesamtplanungskosten durch den Landkreis. Doch er schränkt ein: „Diese gestaltet sich mit Blick auf die zu erwartenden finanziellen Haushaltsrisiken der kommenden Jahre schwierig.“

296 000 Euro betragen die Planungskosten der Anliegergemeinden für einen Radschnellweg von Süßen bis zur Kreisgrenze in Ebersbach, erklärt Susanne Widmaier, Fraktionsvorsitzende der SPD im Kreistag: „Dies sind 12,5 Prozent der Gesamtkosten.“ Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr (UVA) beschloss, diese hälftig auf den Kreis und die Anliegerkommunen zu verteilen. Bau und Finanzierung begännen frühestens 2023 und verteilen sich auf mehrere Jahre.

Wolfgang Rapp, Fraktionsvorsitzender der CDU im Kreistag, sagt: „Der Radschnellweg ist als Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur zu begrüßen. Aber er ist finanziell derzeit nicht darstellbar.“ Aufgrund der Corona-Krise sei ein größerer Fehlbetrag im Kreis-Haushalt zu erwarten: „Und wir dürfen andere große Aufgaben nicht aus den Augen verlieren.“ Deshalb stellt sich für Rapp nun die Frage, wie man günstiger ans Ziel kommen könne. Er schlägt vor, das Fachwissen der Ehrenamtlichen zum Beispiel vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) zu nutzen. Auch über den optimalen Verlauf des Radschnellwegs sei noch nicht das letzte Wort gesprochen.

„Grundsätzlich ist das Projekt wünschenswert“, sagt auch Werner Stöckle von den Freien Wählern. „Ob der Landkreis den kommunalen Anteil selbst tragen

kann, wird auch auf die finanzielle Situation ankommen, die sich in der Folge der Corona-Krise einstellen wird.“ Er halte es für angebracht, zunächst die Finanzsituation des Landkreises abzuwarten und dann zu entscheiden.

Für Grünen-Fraktionsvorsitzende Martina Zeller-Mühleis ist dagegen klar: „Wir werden eine Übernahme der Planungskosten auch in Eigenregie des Landkreises mittragen.“ Der Radschnellweg sei ein Baustein, um verkehrspolitisch ein klares Signal für eine andere Mobilität zu setzen: „Der Landkreis ist als fahrradfreundlich zertifiziert, dies muss auch durch Taten weiter vorangetrieben werden.“

Susanne Widmaier ergänzt: „Würde der Landkreis die gesamten Planungskosten in Höhe von 296 000 Euro übernehmen, müssten diese Mehraufwendungen über die Kreisumlage mitfinan-

ziert werden. Ob dies solidarischer ist als die Kosten über die Anliegerkommunen zu finanzieren, ist fraglich.“ Dennoch wolle ihre Fraktion an der Planung des Radschnellwegs festhalten: „Der Landkreis Göppingen sollte die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen“, appelliert Widmaier mit Blick auf die Ablehnung der S-Bahn in den 1970er Jahren und die „endlosen Debatten“ um den Beitritt in den Verkehrsverbund Stuttgart.

„Der Gedanke eines Radschnellwegs vom Herzen unseres Landkreises bis nach Stuttgart soll nicht sterben“, findet AfD-Fraktionsvorsitzender Joachim Hülscher. Die Gesamtplanung durch den Landkreis sei für die kommende Haushaltslage schwierig: „Aber wir wollen weiterkommen und gehen davon aus, dass die Verwaltung das Thema nochmals nach der Sommerpause in den UVA bringt.“ Das bestätigt Jörg-Michael Wienecke.

„Vor Corona hätte die FDP-Kreistagsfraktion auch sofort zugestimmt“, teilt Susanne Weiß mit. Zum jetzigen Zeitpunkt sei noch unklar, wie stark Steuereinnahmen zurückgehen – und das bei „kostenträchtigen Projekten“ wie der Modernisierung kreiseigener Schulen, dem VVS-Beitritt, der Unterstützung der Schülerbeförderung, dem Umbau des Landratsamts, dem Klinikneubau und vielem mehr.

Ohne Uhingen ist auch Ebersbach nicht dabei

Stellungnahme Hätte Uhingen zugestimmt, wäre auch Ebersbach dabei gewesen, bestätigt Ebersbachs Bürgermeister Eberhard Keller. Seine Gemeinde habe als eine der ersten Kommunen offiziell am Radschnellweg Interesse

bekundet und sich eng mit dem Landratsamt Esslingen abgestimmt, was die Führung des Radwegs über die Kreisgrenze betrifft: „Leider ist es aber so, dass wir ohne eine Fortführung über Uhingen und weiter hinaus andere Heraus-

forderungen für die Stadt sehen.“ Nun gehe es darum, wie die Teile und das Stadtgebiet sich gut an den Radschnellweg anbinden lassen: „Hier verschieben sich ohne eine Beteiligung von Uhingen die Prioritäten.“